

Um den rechten Kräften aber wirklich etwas entgegenzusetzen, gilt es, jede Gelegenheit zu ergreifen, sie daran zu hindern, sich zu präsentieren und ihre Lügen zu verbreiten. Widerstand gegen Rechts heißt: Direkter Kampf gegen ihre Strukturen und Veranstaltungen, gegen die Spaltung der Lohnabhängigen, Verteidigung von sozialen Standards und Solidarität mit den Menschen, die von den Rechten ausgegrenzt und diskriminiert werden. Und doch gibt es keine Option, nur defensiv zu einem weniger reaktionären Zustand zurückzukehren. Die kapitalistischen Konzerne stehen durch die Krise weltweit in verschärfter Konkurrenz. Regierungen haben immer weniger Spielräume, um durch Sozialstaat oder gar reformistische Umverteilung die Folgen für die Masse der lohnabhängigen Bevölkerung abzufedern. Materielle Zugeständnisse an soziale Bewegungen sind da kaum noch drin.

## Den Blick nach vorne!

Diese Gesellschaftsordnung trägt Kriege, Krisen und Armut in sich. Dem ein Ende zu setzen, erfordert nichts weniger als die Umkehrung der Herrschaftsverhältnisse: Die Enteignung der kapitalbesitzenden Klasse durch die besitzlose Mehrheit und den Aufbau von Strukturen, in denen wir selbst über unser Leben bestimmen. Allen, die in diesem System alles geben müssen, aber wenig zu gewinnen haben, eröffnet ein solcher Umsturz neue und lebenswerte Perspektiven. Eine Gesellschaft, die auf Solidarität, der bewussten Verwaltung und demokratischen Verteilung aller gesellschaftlichen Potenziale und Reichtümer beruht, anstatt auf Verwertung und Profitstreben: Eine kommunistische Gesellschaft. Dafür müssen wir die Missstände und Zumutungen dieser Ordnung angreifen und den vielfältigen Widerstand in einer organisierten revolutionären Gegenmacht bündeln. Und das gemeinsam mit all den Menschen, denen der Kapitalismus niemals eine Perspektive bieten wird, mit allen, die sich nicht abstumpfen, verrohen und einschüchtern lassen!

## Die revolutionäre Offensive organisieren!

Am 14. Oktober findet in Bayern die Landtagswahl statt. Der Wahlkampf wurde durch die reaktionäre Mobilisierung von AfD und der Regierungspartei CSU geprägt. Am Wahltag wird es in München und weiteren Städten Aktionen geben: Gegen den Rechtsruck, für eine revolutionäre Offensive. Achtet auf Ankündigungen!

Infos: [www.perspektive-kommunismus.org](http://www.perspektive-kommunismus.org)



[www.perspektive-kommunismus.org](http://www.perspektive-kommunismus.org)

# Den Rechtsruck angreifen



## CSU & AfD bekämpfen

## Gemeinsam in die revolutionäre Offensive

Der Sommer ist vorbei. Und schon der Herbst 2018 droht kalt zu werden. Wir erleben eine Offensive der reaktionären politischen Kräfte. Rassistische Hetze, blutiger Terror gegen MigrantInnen, Nazis in den Parlamenten, mörderische Abschottung gegen Geflüchtete. Der Rechtsruck führt zum autoritären Umbau des politischen Systems. Die treibenden Akteure sind die AfD – und vor allem die Regierungspartei CSU. Beide Parteien verschärfen wegen der Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober ihre reaktionäre Mobilisierung. Das alles sind Folgen der Krise, in der sich das kapitalistische Gesellschaftssystem weltweit befindet. An ein Zurück zu einer oberflächlich gemäßigeren „Normalität“ ist nicht mehr zu denken. Für alle, die sich dem Rechtsruck, kapitalistischer Ausbeutung und Kriegspolitik entgegenstellen wollen, kommt es deshalb darauf an, jetzt mit allen verfügbaren Kräften selbst in die Offensive zu kommen – Für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus!

Kriege, Diktaturen und Freihandelsabkommen im Interesse Deutschlands und anderer Industrienationen zwingen immer mehr Menschen weltweit zur Flucht. Als 2015 hunderttausende Menschen Zuflucht und Sicherheit in Europa suchten, setzten sie durch ihre Entschlossenheit für kurze Zeit das Grenzregime der europäischen Staaten außer Kraft! Die Ankunft der Geflüchteten nutzen seitdem alle rechten, rassistischen Kräfte zur Mobilisierung. Viele Menschen sind durch die Krise bereits abgehängt oder vom sozialem Abstieg bedroht. Bei vielen greift die Angstmache, Geflüchtete seien eine weitere Konkurrenz um Jobs, Wohnungen, Lebensstandards und Sozialleistungen. Wir erleben eine beispiellose Verhetzung und Verrohung. Diese rassistische Massenbewegung verübt bis heute jeden Tag Terror und Gewalttaten gegen MigrantInnen. Rechte verüben Sprengstoffanschläge, legen Waffendepots an, erstellen Todeslisten. Als ihr politischer Arm zog die AfD in fast alle deutschen Parlamente ein.

In Chemnitz setzte die vereinte Rechte aus militanten FaschistInnen, Pegida und AfD ihre Bürgerkriegsphantasien um und stellte die Machtfrage. Der Tod des links orientierten, im Streit erstochenen Daniel H., wurde benutzt, um den Hass auf die Straße zu mobilisieren. Die Polizei ließ rassistische Hetzjagden auf migrantisch aussehende Menschen zu. Die völkische, faschistische Rechte hat enge Verbindungen in den Bullenapparat und besitzt eine starke parlamentarische Vertretung, die AfD. Trotz allem wird die AfD weiterhin nicht vom Verfassungsschutz beobachtet. Dieser Staat schützt nicht vor faschistischem Terror, er ermöglicht ihn.

## Die Reaktion kommt aus Bayern

Die regierenden Parteien CDU, CSU und SPD ziehen mit ihrer Abschottungspolitik die Mauern um die Festung Europa hoch und versuchen damit auch an die AfD verlorene WählerInnen zurückzugewinnen: Zunehmende Einschränkungen des Asylrechts, Abschiebungen, Verhinderung von Seenotrettung auf dem Mittelmeer, Kooperation mit autoritären Regimen und Warlords. Regierung und rechte Opposition drehen die Spirale der rassistischen Ausgrenzung und Verfolgung immer weiter. Es ist insbesondere die bayerische Regierungspartei CSU, die diese Entwicklung

bundesweit vorantreibt. CSU-Chef und Bundesinnenminister Horst Seehofer nahm im Juli sogar erstmals den Bruch der Regierungskoalition mit der Schwesterpartei CDU in Kauf. Nur um seine Forderungen nach noch mehr Abschottung, Isolationslagern und Flüchtlingsgefängnissen in Afrika durchzudrücken.

Warum trägt die CSU ihr schon immer vorhandenes, offen rechtes Potenzial heute so offensiv nach außen? Die CSU fürchtet um ihre Macht, in Bayern und bundesweit. Bei der Bundestagswahl 2017 forderte die CSU eine „Obergrenze für Flüchtlinge“ - und verlor massiv Stimmen an die AfD. „Unser bester Wahlkampf-helfer sitzt in der Münchner Staatskanzlei“, höhnte der damalige AfD-Landesvorsitzende Petr Bystron. Am 14. Oktober ist in Bayern Landtagswahl. Die AfD droht mit 15 Prozent in den Landtag einzuziehen. Daher setzt die CSU noch mehr auf die gleiche rechte Hetze wie die AfD und setzt sie in Gesetze um. CSU-Politiker schwadronieren von „Asyltourismus“ und „Anti-Abschiebe-Industrie“. In Bayern werden Geflüchtete dem brutalsten Lagerregime Deutschlands unterworfen, mit regelmäßigen Polizeiüberfällen terrorisiert. Die CSU gründete eine bayerische Abschiebebehörde, verweigert Ausbildungserlaubnisse und schiebt dutzendfach Menschen ins Kriegsland Afghanistan ab – der Tod der Menschen wird dabei bewusst in Kauf genommen! Dass die CSU all das selbst gegen Protest von Wirtschaftsverbänden und Kirchen durchzieht, zeigt nur ihre Entschlossenheit zu einem immer radikaleren Kurs. Gegen wirklichen Widerstand und Unmut, der sich im Angesicht dieser Zustände auch auf der Straße Luft machen könnte, hat sie vorausschauend das neue bayerische Polizeiaufgabengesetz in Stellung gebracht: Ein Meisterstück in Sachen Polizeistaat, das die staatlichen Möglichkeiten zur Kriminalisierung von linker Politik auf ein neues Level anhebt und schon als Vorbild für andere Bundesländer dient.

Der neue bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) weiß, dass sein politisches Überleben vom Wahlausgang abhängt. Seine Partei bedient traditionell die Interessen des Kapitals. Als Finanzminister verkaufte Söder 32.000 landeseigene Wohnungen an private Investoren, die den 80.000 MieterInnen für maximale Rendite die Mieten erhöhten. Söder weigerte sich, beim Computergiganten Apple eine milliardenschwere Steuernachzahlung zu kassieren, und verschont FirmenerbInnen in Bayern von der Erbschaftssteuer. Genauso steht die AfD für die Umverteilung von unten nach oben. Sie will Steuergeschenke für Unternehmen, Reiche und Besserverdienende, dafür sollen die Lohnabhängigen die Zeche bezahlen, durch Abbau sozialer Sicherung und höheres Renteneintrittsalter. Beide Parteien werden die Wahl in Bayern zum Wettstreit um die radikalste „law and order“- und Abschiebepolitik machen – und so den gesellschaftlichen Rechtsruck verschärfen.

Dabei ist die SPD das kaum kleinere Übel: Als Regierungspartei trug sie alle Verschärfungen der letzten Jahre mit und arrangiert sich aktuell mit der CSU. Auch Grüne und FDP billigen Rassismus nicht nur – sondern hetzen offen mit. FDP-Chef Christian Lindner schwadroniert über berechtigte Angst vor unqualifizierten MigrantInnen. Tübingens Grüner Oberbürgermeister Boris Palmer spielt sich zum Verteidiger „deutscher Werte und Kultur“ gegen Geflüchtete auf.

## Aufgeben ist keine Option

Doch es gibt die Seite der Hoffnung und des Widerstandes: Gegen das bayerische Polizeiaufgabengesetz gingen mehr als 40.000 Menschen auf die Straße. Wenige Wochen später demonstrierten erneut Zehntausende in München gegen die rassistische Hetze von CSU und AfD. Bis zum Wahltag gibt es in Bayern weitere Großproteste gegen Wohnungsnot und steigende Mieten, gegen Pflegekräftemangel und Klimazerstörung. Bundesweit ist mit der „Seebrücke“-Bewegung eine Kampagne entstanden, die das mörderische EU-Grenzregime offen in Frage stellt. Hinter dem Stacheldraht der Lager leisten viele Geflüchtete entschlossenen Widerstand gegen Schikanen und Abschiebungen.

Keine höhere Instanz wird den Rechtsruck stoppen. Nur Entsetzen, Sprachlosigkeit, moralische Verurteilung oder das Appellieren an die Menschlichkeit der EU - das alles wird nichts ändern. Die derzeitige Offensive der reaktionären Kräfte richtet sich gegen MigrantInnen, gegen die sozial Schwachen, gegen die noch vorhandenen bürgerlichen Freiheiten und immer auch gegen jahrzehntelang erkämpfte Errungenschaften der Lohnabhängigen. Wir müssen selbst organisieren, was notwendig ist, um diese Entwicklung aufzuhalten. Alle, die als Lohnabhängige für die Profitmaximierung des Kapitals erhalten müssen. Alle, die sich in der antifaschistischen und antirassistischen Bewegung engagieren. Alle, die eine solidarische Gesellschaft wollen, in der Menschen gleiche Rechte und gleiche Teilhabe besitzen und ohne Angst verschieden sein können. Dabei reicht es nicht, an das moralische Gewissen der Menschen zu appellieren. Es geht darum, ob wir in einer Gesellschaft leben können, in der wir politische Spielbälle sind und lediglich als Mittel zum Zweck der Kapitalvermehrung dienen, in der die Lebensbedingungen des Großteils der Bevölkerung dem Chaos von globalen Märkten und den Machtinteressen einer kleinen besitzenden Klasse unterworfen werden. Ob in Lebensgefahr auf dem Mittelmeer, in der überbeuerten Mietwohnung oder in der schäbigen Baracke für SaisonarbeiterInnen - lassen wir das weiter mit uns machen?

Grundsätzlich ist für uns – wenn wir nicht nur einzelne Symptome des Kapitalismus kritisieren, sondern das ganze System abschaffen wollen – nicht die Zusammensetzung des bürgerlichen Parlaments die Hauptfrage. Vielmehr geht es um die revolutionäre Organisation der lohnabhängigen Klasse. Allerdings zeigt ein Wahlergebnis natürlich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse an und beeinflusst diese wieder. So sind bürgerliche Parlamente zwar keine Werkzeuge zur Veränderung der Gesellschaft, aber sicher Kampffelder, die für die außerparlamentarische Linke von Bedeutung sind. Wie repressiv eine Regierungspolitik ist, wie sehr eine Regierung Lohnabhängige gegeneinander ausspielt, unter welchen Kampfbedingungen wir also für revolutionäre Veränderung zu kämpfen haben, hängt mit davon ab, welche Mehrheitsverhältnisse im Parlament herrschen. Dass die etablierten Parteien SPD, Grüne und FDP selbst die kapitalistischen Verhältnisse, mit Hartz IV, Rüstungsexporten, Freihandelsabkommen und Anti-Flüchtlingspolitik mittragen, ist klar. Dass die Wahl der Linkspartei nicht die Revolution bringt, auch. Andererseits kann jede WählerInnenwanderung weg vom rechten Rand die Möglichkeiten der Hardliner von CSU und AfD einschränken.